Nr. 622a
XXX. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
8. Dezember 1901

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

107. Sitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben, Möller, Freiherr v. Thielmann.

Die Uebersicht der **Reichsausgaben und Einnahmen** für das Rechnungsjahr 1900 wird ohne Erörterung der Rechnungskommission überwiesen. Ebenso werden ohne Erörterung überwiesen die Uebersicht der **Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete** von Kamerun und Togo, des südwestafrikanischen Schutzgebietes, des Schutzgebietes von Neuguinea sowie der Verwaltung der Karolinen, Palauinseln und Marianen für das Rechnungsjahr 1899, die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes von Kiautschau für das Rechnungsjahr 1900 und die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze. Der Entwurf eines Gesetzes über Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze längs des Przemsluffes wird in erster und zweiter Berathung angenommen.

Darauf wird die erste Berathung des **Zolltarifgesetzes** fortgesetzt.

Abg. **Winterer** (Ell.)

erklärt, daß seine Freunde die Vorlage nicht als politische, sondern als wirthschaftliche betrachteten und sie ohne Vorengenommenheit prüfen würden. Sie seien für eine mäßige Erhöhung der Zölle, aber auch für langfristige Handelsverträge. In Elsaß-Lothringen gehörten die meisten Landwirthe zum Kleingrundbesitz und hätten deshalb andere Interessen als die norddeutschen Großgrundbesitzer. Der Landesausschuß habe sich bereits mit großer Mehrheit für eine Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen, die nicht ohne Weiteres den Brodpreis erhöhten, wie man täglich an der Grenze beobachten könne. Es müsse endlich einmal **etwas für die Bauern** geschehen.

Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen **v. Schraut**:

Meine Ansicht über die Zolltarifvorlage deckt sich im Wesentlichen mit den Ausführungen des Vorredners. Besonders in den Vogesen sind die Arbeiter theils in den Fabriken beschäftigt, theils haben sie auch kleinen Grundbesitz. Diese haben also wohl **ein Interesse an der Zollerhöhung.** Wir haben in Elsaß-Lothringen einen Landwirthschaftsrath, der sich in seiner Mehrzahl aus kleinen bäuerlichen Besitzern zusammensetzt. Dieser hat sich nahezu einstimmig für die Zollerhöhungen ausgesprochen. Der **Weinbau** in Elsaß-Lothringen bedarf entschieden eines größeren Schutzes. Infolge dessen sind die hierfür angesetzten Zollerhöhungen durchaus berechtigt.

Besonders in der **Textilindustrie** leiden wir jetzt sehr unter dem amerikanischen Wettbewerb. Wir haben es erleben müssen, daß Amerika durch Prohibitivzölle unsere ganze Ausfuhr unmöglich machte. Aus diesem Grunde sind die Industriellen in Elsaß-Lothringen vollständig einig, daß unser Tarif geändert werden muß, um zu günstigen Handelsverträgen zu kommen. Ich kann nur bestätigen, daß alle Kreise der Bevölkerung in Elsaß-Lothringen großes Vertrauen zu dem neuen Tarif haben.

Abg. **Schrader** (fr. Vg.):

Der Vorredner ist für mäßige Getreidezölle und langfristige Handelsverträge eingetreten, ohne uns zu sagen, was mäßige Getreidezölle sind, und wie langfristige Handelsverträge damit zu Stande kommen sollen. Die süddeutschen Vertreter im Bundesrathe sind in ihren Ausführungen viel interessanter gewesen als die Herren aus den nördlichen Bundesstaaten. (Sehr wahr! links.) Was wir von Ihnen gehört haben, zeigt, daß den Herren bei dieser Vorlage **gar nicht so recht wohl** ist, daß die Interessen dieser Länder keineswegs auf Seiten dieser Vorlage liegen, und wenn im übrigen Deutschland gleiche Verhältnisse wären, so wäre die Zustimmung zur Vorlage im Bundesrathe wohl nicht zu erlangen gewesen.

Die in Elsaß-Lothringen geltende Bestimmung, daß, wenn Minderjährige vorhanden sind, der Grundbesitz parzellirt werden muß, bedeutet einen großen Schaden, der durch Getreidezölle nicht gut zu machen ist, denn was der kleine Grundbesitzer an den Getreidezöllen verdienen kann, spielt gar keine Rolle. Die industriellen Interessen von Elsaß-Lothringen, namentlich die Ausfuhrinteressen sind viel größer. Daher ist zu erwägen, ob diese Ausfuhrinteressen dadurch wahrgenommen werden, daß man den Abschluß von Handelsverträgen erschwert. Die Ausführungen, die wir eben gehört haben, klingen keineswegs besonders begeistert für die Vorlage, im Gegentheil **außerordentlich referirt,** wie auch die Erklärungen des württembergischen Vertreters im Bundesrath.

Wir haben in den Verhandlungen sehr lebhafte **Lobpreisungen der Tarifpolitik des Jahres 1879** gehört. In diesem Tarif war nur ein sehr kleiner Getreidezoll enthalten. Was die Industrie an Zöllen bekommen hat, hat allerdings für die eine oder andere Industrie anregend gewirkt; aber die Hauptursache unseres großen Aufschwunges lag daran, daß, nachdem die in den siebziger Jahren entstandene Krisis überwunden war, die wirthschaftliche Kraft Deutschlands sich zeigen konnte und sich auch gezeigt hat. Was uns in der Industrie groß gemacht hat, sind nicht die Zölle, sondern die außerordentlich **tüchtige Durchbildung unserer Industriellen,** unserer tüchtigen Arbeiter, unser hochentwickelter Handel. In Berichten von Engländern, die außerordentlich betrübt sind über die starke Entwickelung unserer Industrie, werden Sie dies immer hervorgehoben finden; das ist auch vollkommen richtig. Die Schutzzollpolitik von 1879 hat zur Folge gehabt, daß den ersten und zweiten Schutzzöllen die dritten folgten, und daß 1891 eine Situation gekommen war, in der man nicht mehr existiren konnte, daß damals die sogenannte **„rettende That"** verübt werden mußte. Alle Lobredner der Politik von 1879 mußten 1891 anerkennen, daß es eine schlechte Politik gewesen, vor allem deshalb, weil wieder große Aufregung in die Industrie kommen mußte. Werfen Sie z. B. einen **Blick auf die Zuckerindustrie.** Es giebt keine Industrie, für die der Staat durch Zoll- und Steuergesetze mehr gesorgt hätte, dabei ist Sie fortwährend das Aufkind geblieben. Was haben wir heute? Tief heruntergehende Zuckerpreise im Auslandsverkehr und **gleichzeitig außerordentlich hohe Inlandpreise. Warum?** Weil der Zuckertrust mit Hilfe der hohen Einfuhrzölle die Zuckerpreise in die Höhe schrauben konnte. **Wir verbrauchen Zucker zu vielfach höheren Preisen als irgend eine andere Nation.** Sie sehen, die nationale Seite der Schutzzollpolitik ist keineswegs glänzend, im Gegentheil, die Schutzzollpolitik wendet sich gegen uns im Inlande zum Besten des Auslandes, nicht in allen Fällen, aber sehr häufig. Das ist nach meiner Meinung kein Anreiz für uns, auf diesem Wege von Neuem vorzugehen. Darüber besteht wohl kein Zweifel, daß in Bezug auf unsere allgemeinen und industriellen Verhältnisse die Zeit von 1891 bis jetzt, abgesehen von der allerletzten Zeit, eine Periode **großen, glänzenden Aufschwunges** gewesen ist. Jetzt wird uns zugemuthet, vollständig umzudrehen. Daß die jetzige Vorlage den Sinn haben würde, die im Jahre 1891 begonnene Politik aufzugeben, hat man Jahre voraus gewußt, und das hat zur **Folge gehabt,** daß sich auch die anderen Nationen bereits seit langer Zeit auf diesen Fall eingerichtet haben. Seit 1894 datirt ja die Agitation des Bundes der Landwirthe auf höhere Getreidezölle; diese Agitation ist urbi et orbi im Auslande bekannt gewesen. So ist unsere Lage für den Abschluß von Handelsverträgen keineswegs günstig, **und das** ist eben dadurch veranlaßt, daß man sich schon seit Jahren gemüht hat, das herbeizuführen, was wir heute hier erhalten. Deshalb stehen auch unsere industriellen Verhältnisse schon seit längerer Zeit unter der Wirkung des Zolltarifes und der Erschwerung unserer auswärtigen Handelsbeziehungen. Der Konkurrent sagt dem Abnehmer im Auslande mit Recht, er stehe vor einer Aenderung der Zollverhältnisse mit Deutschland und solle sich deshalb vor Abschlüssen mit dessen Industrie hüten. Dieser heute schon empfindliche Nachtheil wirkt um so schwerer, als durch andere Ursachen bereits eine Krisis in unserer Industrie entstanden ist, die meiner Ueberzeugung nach bald überwunden werden könnte. Sie wird aber um so schwerer überwunden werden, sobald die Industrie Erschwerungen ihres Absatzes im Auslande befürchten muß. Die Industrie ist daher denn auch größten Theiles der Meinung, daß die Erhaltung der bisherigen Verhältnisse ihren Interessen entspräche. Nicht Industrie, nicht Kleingewerbe haben eine Aenderung unserer Zollverhältnisse verlangt, diese Agitation stammt allein von Vertretern der Landwirthschaft. Wenn man jetzt einen kleinen Theil der Industrie zu gewinnen verstanden hat, so, glaube ich, wird selbst von diesen die Mehrzahl der Meinung sein, daß es nicht ihre speziellen industriellen Interessen sind, die sie dazu bewegen, sondern daß sie nur mit den anderen Kreisen möglichst zusammengehen wünschen. Aber ich bin überzeugt, in dem Augenblicke, wo erkannt wurde, es werde diese Vorlage von der Tagesordnung verschwinden, würde auch der größte Theil unserer Industrie **außerordentlich erfreut** sein. (Sehr richtig! links.) Sie wird erleichtert sein von der Besorgniß, daß nun wieder einmal eine vollständige Aenderung ihrer gesammten Verhältnisse eintreten wird. Daß das, was für diesen Theil unseres Wirthschaftslebens geschehen soll, nicht günstig ist, ist nicht zu bezweifeln. Die Landwirthschaft verlangt eine wesentliche Erhöhung ihrer Zölle und ist dann auch bereit zu einer Erhöhung der Industriezölle. Dabei denkt sie mit mäßigen Industriezöllen fortzukommen; ich fürchte aber, die Industriellen werden ihre Zustimmung so billig nicht verkaufen, ein Industrieller nach dem anderen wird höhere Zölle fordern, und es kann den Landwirthen so ergehen, daß sie das, was sie an Zoll für sich erringen, ebenso und vielleicht noch mehr an industriellen Zöllen verlieren. Die wirthschaftliche Erkenntniß ist bei Vielen jetzt fortgeschritten; wir hören jetzt kein Wort mehr davon, daß der Zoll vom Ausland getragen wird. Die Begründung der Vorlage erkennt auch ausdrücklich an, daß der Getreidepreis um den Betrag des Zolles im Inlande erhöht wird. (Widerspruch rechts.) Das versteht sich ganz von selbst. Wenn allerdings der Weltmarktpreis bedeutend heruntergeht, so kann das Getreide trotz des Zolles billiger werden; aber immer steht es bei uns bei dem Zoll höher als der Weltmarktpreis. Diese unangenehme Thatsache sucht man durch das **alte Märchen** zu beseitigen, daß nicht der Konsument, sondern der Zwischenhändler, der Müller, Bäcker u. s. w. den Zoll trägt. Daß der Preis des Rohproduktes im Preise des Fabrikats nicht in vollem Umfang zum Ausdruck kommt, ist ja möglich; daß aber eine solche Zollerhöhung von diesen Kreisen getragen werden sollte, ist nicht zu erwarten. Daß die Bäcker die Taschen nicht voll Gold haben, ebenso wenig die Müller, das wissen wir. Wäre die Bäckerei so gewinnbringend, so hätten wir längst schon Bäckereien von Ihnen zu sehen bekommen, wie wir Ihre Milchhandlungen sehen. Auch das Großkapital hat sich dieses Gewerbes bisher noch nicht bemächtigt. Also es ist keine Rede davon, daß die Bäcker und Müller einen namhaften Betrag der Kornzölle tragen werden, die Konsumenten werden einen höheren Betrag für das Getreide zu zahlen haben, und das bedeutet eine Erhöhung der Kosten unserer Arbeitskräfte und eine schlechtere Ernährung derselben. Der Zoll mag vielleicht in guten Zeiten nicht so schwer zu tragen sein, aber sobald der Getreidepreis auf dem Weltmarkt hoch ist, werden wir in Deutschland außerordentlich hohe Preise bekommen, sei es nun, daß man sich begnügt mit dem „mäßigen" Zoll von 5 oder 6 Mark, oder daß wir auf den unmäßigen Zoll von 7½ oder 10 Mark kommen. Eine allgemeine Vertheuerung der Lebensmittel würde die Folge sein, und wie diese auf die Bevölkerung wirkt, ist von vielen Seiten übergezeugend dargelegt worden. Also, meine Herren, die Folgen der Annahme dieser Tarifvorlage würde sein einmal eine Verschlechterung in der Lebenshaltung der Bevölkerung und zweitens eine erhebliche Erschwerung des Abschlusses neuer Handelsverträge. Wenn man immer behauptet, wir müßten eine stärkere Rüstung anlegen, um bei künftigen Handelsverträgen bessere Geschäfte zu machen, so ist das **ein Trugschluß.** (Sehr richtig! links.) Unsere Interessen beurtheilt das Ausland genau so gut wie wir, im Auslande ist man durch die allgemeinen Mittel der Information genau so informirt über unsere Verhältnisse, auch über sonstige Möglichkeit, dieses oder jenes zu erreichen, als im Inlande. Alle Verhandlungen mit der Absicht, zu überlisten, sind von gar keinem Werthe. **Offenes Zeigen der eigenen, offenen Unerkennen der fremden Interessen** ist der beste Weg zu vernünftigen und dauernden Handelsverträgen, während jede Ueberlistung nur dazu führt, daß der Andere sich zu rächen sucht. Bei den Handelsverträgen ist dann die Hauptsache, was in ihnen steht. (Sehr richtig! links.) Ich zweifle nicht, daß wir zu Handelsverträgen kommen werden, ob zu Tarifverträgen, ist die Frage; aber dessen sind wir sicher, wenn wir zu höheren Zollsätzen kommen, werden von anderer Seite dieselben Forderungen kommen. Im Grunde wollen wir doch hinter das zurückgehen, was wir anderen Nationen 1891 zugestanden haben. Die Antwort darauf hören wir schon von allen Seiten. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach noch viel **größere Erschwerungen vom Auslande erfahren, als wir früher hatten:** eine für uns höchst verderbliche Folge. Das wachsende Interesse unserer Industrie und unserer Arbeiter am Export zu schädigen, ist ein **Unheil für unsere gesammte Wirthschaft.** (Sehr richtig! links.) Auf die Frage: warum dies alles? antwortet man uns: es ist nothwendig im Interesse der nothleidenden Landwirthschaft. Da müßte man uns doch aber zweierlei zeigen: 1. daß wirklich eine Nothlage vorhanden ist, und 2. daß die zu verwendenden Mittel geeignet sind, der Nothlage abzuhelfen, und daß sie nicht im Widerspruch mit den allgemeinen Interessen stehen. Wenn wir die Landwirthschaft im Ganzen betrachten, so haben wir nichts weiter als **solche Ziffern, die uns sagen, daß es der Landwirthschaft nicht schlecht, sondern gut geht.** Die Anbaufläche hat sich vermehrt, die Erträge pro Hektar sind größer geworden, der Viehstand hat sich vermehrt, die Subhastationen sind zurückgegangen. (Zurufe rechts) — ja, das sind Thatsachen, andere Beweise aber sind nicht geführt. Es sind uns ja viele Tabellen vorgelegt, aber sind sie beweiskräftig? Sie sind aufgenommen von Denen, die das größte Interesse daran haben, zu beweisen, **daß es der Landwirthschaft schlecht geht.** Statt der vielfach geforderten unparteiischen Erhebungen sind uns Zahlen vorgelegt, die gar nichts beweisen, die wir nicht beurtheilen können. Um die Behauptung, die Produktionskosten wären gestiegen beurtheilen zu können, muß man sie im Einzelnen prüfen können. **Immer von der Noth der Landwirthschaft zu sprechen, ist sehr bequem und für Diejenigen sehr angenehm, die nicht in Noth sind, aber an der den Nothleidenden gebotenen Hilfe gern Antheil haben möchten,** ohne daß man ihnen sagen könnte, sie handeln im eigenen Interesse. Mindestens Diejenigen, die hier im Hause sitzen, handeln aus allerbester Ueberzeugung und nur im allgemeinen Interesse der Landwirthschaft, aber eine große Anzahl Derer, die von den erwarteten Unterstützungen betroffen werden, würde diese Unterstützungen nicht für sich beanspruscht haben, wenn sie in der Lage gewesen wäre, sie für sich fordern zu können.

Man sagt, die ganze Landwirthschaft würde Vortheile von der Zollerhöhung haben. Der Vortheil benutzt sich doch nach der Menge des verkauften Getreides, und es ist nicht zu bestreiten, daß alle die kleinen Besitzer nur einen minimalen Vortheil haben. Der Württembergische Bundesrathsbevollmächtigte hat das auch anerkannt. Also den kleinen Landwirthen nützen die Zölle wenig, und wenn der Fall eintritt, den ich als sehr wahrscheinlich ansehe, daß eine nicht unwesentliche Erhöhung der Industriezölle eintritt, dann wird wahrscheinlich der kleine Landwirth mehr an den Industriezöllen zu bezahlen haben, als er an Getreidezöllen verdienen wird. Die Herren Landwirthe meinen, einig zu sein, sind aber im Grunde höchst uneinig, da ihre Interessen zu verschieden sind. Das ersehen wir aus den verschiedenen Anträgen, die theils hohe Getreidezölle und feine Zölle für Futtermittel, keine oder niedrige Zölle für Gerste, theils das Gegentheil verlangen. So lange ist die Einigkeit aufrechterhalten, so lange es nicht Ernst geworden ist. Wenn das alles eintritt, was der Antrag des Bundes der Landwirthe will, so stehen wir vor einer Erhöhung der Lebensmittelpreise, die von der größten Bedenklichkeit ist (Sehr richtig! links), und die nach meiner Ueberzeugung keine zwei Jahre bestehen würde. Dann könnte aber nicht die Rede davon sein, irgend einen Handelsvertrag zu Stande zu bringen. Wenn Sie die Zölle des Herrn Grafen Schwerin einführen, so können Sie sicher sein, daß kein Staat, der agrarische Produkte einzuführen hätte, jemals einen Vertrag selbst mit den höchsten Industriezöllen machen würde.

Ich komme jetzt auf die sogenannte **Noth der Landwirthschaft** zu reden. Ich will sie in gewissem Umfange anerkennen, aber woran liegt das? Herr Graf v. Schwerin, der sozusagen der erste Landwirth in Preußen, vielleicht in Deutschland ist, hat es in folgenden Worten angedeutet: „Nach diesen naturwissenschaftlichen Gesetzen aber haben wir die Landwirthschaft und unseren Grund und Boden nicht mehr anzusehen als eine Vorrathskammer, sondern als eine Fabrik, in der wir Rohstoffe umsetzen, Rohstoffe des Bodens und des ihm zugeführten Düngers. In dieser Beziehung besteht kein Unterschied zwischen Industrie und Landwirthschaft. Das ist vollständig richtig. Die Landwirthschaft ist nicht mehr ein beaumes Gewerbe, diese Zeiten sind vorüber, leider vielfach nur in der Theorie. Um aber die Landwirthschaft modern zu betreiben, gehört ein großes Kapital, das zum Gutswerth noch einen erheblichen Betrag hinzufügt. Dieses Kapital besitzen nicht Wenige unserer Grundbesitzer nicht, wenigstens die Großgrundbesitzer und vielleicht die Fideikommißbesitzer, wenn sie nicht zugleich Bergwerksbesitzer sind. **Außer dem Kapital fehlt es vielfach zugleich an Tüchtigkeit** — das werfe ich den Herren nicht vor, aber thatsächlich muß Der, der die Landwirthschaft erfolgreich betreiben will, sie auch gründlich gelernt haben, und viele, namentlich größere Landwirthe, haben sie nicht gelernt. **Der Tüchtige wirdräsiliren, der weniger Tüchtige wird sicken bleiben,** das gilt auch vom Bauernstand. Wegen der geringen Tüchtigkeit kann der Betrieb auf den Gütern nicht genügend geführt werden, und spielt die Grundrente eine viel zu geringe Rolle. Werden also die Güter aus Liebhaberei oder Familienrücksichten übernommen, so ist oft der Preis zu hoch, und daran geht der Grundbesitzer zu Grunde. Diese Zustände haben sich erfreulicherweise schon sehr verbessert, das lehrt gerade die Erhöhung der Erträge. Die Landwirthschaft macht sich das Genossenschaftswesen mehr zu Nutze u. s. w., ein Theil der Landwirthe ist kaufmännisch besser gebildet und nutzt die Konjunktur mehr aus. Weil dies noch nicht allgemeiner der Fall ist, klagt die Landwirthschaft an vielen Stellen. Dagegen helfen nicht Zölle, sondern die Weiterbildung der Landwirthe auf der bezeichneten Bahn. Ich hoffe, daß dies entsprechend der Zusage des Herrn Grafen auch geschehen wird, wenn die uns hier beschäftigenden Fragen erledigt sind. Ich hoffe, daß die Herren, welche bisher eine außerordentliche Agitation für hohe Zölle entfaltet haben, umsomehr Eintritt ihre Kräfte theils ihren Gütern zuwenden, theils vor allem dazu verwenden werden, um die Mittel, die der Landwirthschaft zum Vorwärtskommen zu Gebote stehen, zu empfehlen und deren Benutzung zu unterstützen. (Sehr gut! links.) Die Landwirthschaft ist ja nicht eine Einheit, sie ist verschieden nach den Gegenden. Das rohe mechanische Hilfsmittel der Getreidezölle — so ist es ja genannt — trifft nur wenige und viele davon nicht richtig. Dazu kommt die Erhöhung der Lebenshaltung. Heutzutage giebt ein mäßiges Mittelgut sehr schwer das her, was an Ausgaben verlangt wird. Wenn alles ordentlich aufgenommen werden, die nicht nützlich verwendet, sondern für tägliche Ausgaben aufgebraucht werden. Ich will nicht angreifen, sondern nur begreiflich machen, daß der Weg nicht richtig ist. Der preußische Staat ist schon in hohem Maße für die Landwirthschaft eingetreten. Ich hätte gar nichts gegen Darlehen für Meliorationen 2c. aus der Staatskasse. (Sehr richtig! links.) Wir haben in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unsere Landwirthschaft dadurch in die Höhe gebracht, daß der Staat eingriff, um die Erschwerungen zu beseitigen, auch durch finanzielle Mittel eingegriffen hat. **Die Leutenoth** ist ja zum Theil dadurch entstanden, daß die Landwirthschaft noch nicht versteht, ihre Arbeiter so zu bezahlen und zu verwenden, wie nöthig ist. (Widerspruch rechts.) Jawohl, der Arbeiter will heute nicht blos die grobe, sondern auch die intelligentere Arbeit thun, und von großem Werthe würde es für die Landwirthschaft sein, daß die Kinder auf dem Lande Freude an der Beschäftigung in der Landwirthschaft haben. Wenn die Kinder in den Monaten, wo sie schulfrei sind, harte Arbeit auf den Feldern thun müssen, nicht für die Eltern, sondern für Andere, so lernen sie nicht das Landleben lieben. Es würde auch unseren Großgrundbesitzern wesentlich nützen, wenn ihre Erziehung von vornherein mehr darauf gerichtet wäre, das Landleben lieben zu lernen. (Sehr richtig! links.) Diejenigen, die in den Kadettenhäusern oder auf den Gymnasien in den Städten erzogen werden, verlieren zu leicht die Lust am Landleben. Die Leutenoth ist zum Theil dadurch entstanden, daß man das Land entvölkert hat, zum Theil infolge der Aenderung unserer Wirthschaftsführung. Wenn die Landwirthschaft nur einen Theil ihrer Arbeiter das Jahr hindurch beschäftigen kann, so muß sie sich anderweitig einrichten. Sie wird sich darein finden müssen, daß sie zum Theil mit Wanderarbeitern zu rechnen hat; aber daß bei guter Behandlung und richtiger Verwendung ein dauernder Arbeiterstand gehalten werden kann, wird ihnen nur dann, wenn sie es in Landwirth bezeugen können. (Sehr richtig! links.) Mein verstorbener Freund Siemens hat nie Leutenoth gehabt, und in der Oeffentlichkeit hat vor nicht langer Zeit dies Hansemann bezeugt, der deshalb für einen **Verräther an der Landwirthschaft** erklärt wurde. (Hört, hört! links.) Ein Mittel legen mir die Ausführungen des Vertreters für Elsaß-Lothringen, wie des für Württemberg nahe. Wenn der Grundbesitz dort so zersplittert ist, dann ist allerdings mit Zöllen und landwirthschaftlichen Maßregeln kaum noch etwas zu machen. Aber ich verstehe nicht, warum man in Elsaß-Lothringen die obligatorische Theilung beim Vorhandensein von Minderjährigen zu beseitigen gestrebt hat. Man würde auch an vielen Stellen durch Zusammenlegen der Güter viel erreichen können. Ich glaube also, **daß durch die Zölle der Landwirthschaft nicht geholfen werden kann;** die Hilfsmittel liegen auf anderen Gebieten. Die Einzelstaaten müßten sie anwenden, und die Landwirthe müßten Selbsthilfe üben, vor allen Dingen dadurch, daß die besser Gestellten unter ihnen den weniger gut Gestellten helfen, nicht aber die in Noth Gerathenen aufkaufen, um die eigenen Güter zu vergrößern, was nicht selten vorkommt. Der Staat könnte dabei noch wesentlich helfen, wenn er die Fideikommisse beseitigte. Landwirthschaftlich würde es ein großer Segen sein, wenn wir die großen Fideikommißgüter teilen könnten. Bei getheilter bäuerlicher Landwirthschaft ist der große Nothstand nicht vorhanden. Ich kenne meine Heimath, das Bauernland Braunschweig, von meiner Jugend leidlich gut. Durch vernünftige Staatshilfe, Zertheilung der Güter, Aufhebung der Lasten und Lehen, Beihilfen bei Meliorationen ist ein Bauernstand entstanden, so wohlhabend wie in wenig anderen Ländern. Aehnliches findet man im Hildesheimschen, in der Provinz Sachsen, in Pessau u. s. w. Aber auch in diesen Kreisen, in denen man nicht Noth leidet, fängt man jetzt an, nach Staatshilfe zu rufen, weil **hochangesehene Leute**